

Landesspital braucht Finanzspritze

Die Regierung beantragt beim Landtag einen Nachtragskredit für das Liechtensteinische Landesspital in Höhe von 2,5 Millionen Franken. Eine strategische Neuausrichtung soll dafür sorgen, dass die Probleme bis zum Jahr 2020 behoben werden können. Text: Magdalena Hilbe

Das Liechtensteinische Landesspital braucht Geld. Der Grund: Die Eröffnung der Privatklinik Medicnova in Bendern im Januar dieses Jahres durch Ärzte, die in den Jahren zuvor als die umsatzstärksten Belegärzte am Landesspital tätig waren. Dies hat zur Folge, dass dem Landesspital weniger Patienten zugewiesen werden. Und auch die Zuweisungen für ambulante medizinische Leistungen, insbesondere im Bereich der Radiologie (MRI/CT), sind deutlich zurückgegangen. «Wenn die Fallzahlen weiterhin so abnehmen würden, käme es zu einem Liquiditätsproblem», erklärte Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini an einer Medienkonferenz. «Um dieses Problem zu beheben, beantragt die Regierung beim Landtag einen Nachtragskredit von 2,5 Millionen Franken.» Damit die Liquidität gesichert werden kann, benötigt das Landesspital jedoch auch in den



Sorgenfalten bei Michael Ritter, Stiftungsratspräsident des Landesspitals, und Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini.

kommenden zwei Jahren zusätzliche flüssige Mittel. So sollen im Jahr 2018 1,5 Millionen Franken und im Jahr 2019 eine halbe Million Franken mehr im ordentlichen Budget-

tierungsprozess berücksichtigt werden.

Damit das Landesspital im Jahr 2020 schwarze Zahlen schreiben kann, so sagen die Verantwortli-

chen, muss das Angebot in der Grundversorgung, wie es vor dem Abgang der Belegärzte bestand, wiederhergestellt werden. «Da ist vor allem die Zusammenarbeit mit den Hausärzten wichtig, die ihre Patienten dem Landesspital zuweisen», so Pedrazzini. Aber auch das Angebot der Akutgeriatrie und der Ausbau der ambulanten Tagesbettenstation sind für das Landesspital wichtig. «Die Mittel für diese baulichen Massnahmen in einem geschätzten Umfang von rund 10 Millionen Franken sind jedoch nicht Gegenstand des Nachtragskredits», sagte der Gesundheitsminister. «Sie sollen dem Landtag im Herbst dieses Jahres mittels einer separaten Vorlage über einen Verpflichtungskredit zur Beschlussfassung vorgelegt werden.» Über die Finanzspritze von 2,5 Millionen Franken als Nachtragskredit wird der Landtag in seiner September-Sitzung debattieren.

FL-Primarschule dauert weiterhin fünf Jahre

Dass Liechtenstein einen neuen Lehrplan erhalten wird, der sich am Lehrplan 21 der Deutschschweizer Kantone orientiert, steht seit dem Regierungsbeschluss vom Dezember 2016 fest. Diese Angleichung sichert nach der Pflichtschulzeit den Anschluss an die weiterführenden Schulen in der Schweiz. Bei der Überarbeitung des Lehrplans stellte sich gleich zu Beginn die Frage, wie mit der im Vergleich zur Schweiz unterschiedlichen Primar- und Sekundarstufendauer umgegangen werden soll. Während in Liechtenstein die Primarschule fünf Jahre und die Sekundarstufe vier Jahre dauert, haben alle Deutschschweizer Kantone im Rahmen von Harmos auf sechs Jahre Primar- und drei Jahre Sekundarstufe umgestellt. Um die Vor- und Nachteile der Varianten zu eruieren, hat die Regierung die Erstellung eines

entsprechenden Berichts in Auftrag gegeben. Laut den Ergebnissen sprechen sowohl für die Beibehaltung des aktuellen Schulsystems wie auch für die Umstellung auf sechs Jahre Primarschule gute Gründe. Auch die Diskussion mit Vertretern der Lehrerschaft, der Schulleitungen, der Gemeindeschulräte, der Elternvereine und des Schulamtes zeigte auf, dass die Positionen sehr unterschiedlich sind. Vor diesem Hintergrund hat die Regierung entschieden, die jetzige Schulstruktur mit fünf Jahren Primarschule beizubehalten. Die Bildungsministerin Dominique Gantenbein betont: «Im Sinne der kontinuierlichen Weiterentwicklung des Schulwesens sollen im Zusammenhang mit der Erarbeitung und Einführung des neuen Lehrplanes gemeinsam weitere Schritte zur Verbesserung der Bildungsqualität gesetzt werden.» ikr

Gesundheitskosten steigen ungebremst

Der Krankenkassenverband Santésuisse rechnet für das Jahr 2016 mit einem Plus von 4,9 Prozent bei den Gesundheitskosten. In rund zwei Monaten wird Gesundheitsminister Alain Berset verkünden, wie stark die Krankenkassenprämien für das nächste Jahr steigen. Es gibt wenig Grund zur Hoffnung, dass der Aufschlag nur moderat ausfallen wird – das zeigen neue Zahlen von Santésuisse. Der Krankenkassenverband hat errechnet, dass die Gesundheitskosten im vergangenen Jahr um 4,9 Prozent gestiegen sind. Die obligatorische Grundversicherung kommt mittlerweile für Leistungen in der Höhe von 31,6 Milliarden Franken auf. Besonders stark wächst mit 9,1 Prozent der spitalambulante Bereich, die Kosten dort betragen mittlerweile fast 6 Milliarden Franken. Die Entwicklung ist politisch durchaus ge-

wollt, weil ambulant durchgeführte Operationen deutlich günstiger sind als solche, die mit einem mehrtägigen Spitalaufenthalt verbunden sind. Die Ausgaben für den stationären Bereich sind leicht zurückgegangen. Wegen der unterschiedlichen Finanzierung geht diese Verlagerung vor allem zulasten der Prämienzahler, da im stationären Bereich die Kantone den grösseren Teil der Kosten übernehmen. Ein weiterer Faktor sind die Ausgaben für Medikamente, die stark gestiegen sind. So weisen insbesondere die teuren Krebsmedikamente und Kombinationstherapien erhöhte Umsatzzahlen auf. Dies ist eine Folge davon, dass das Bundesamt für Gesundheit die Medikamentenpreise wegen eines Bundesgerichtsentschiedes nicht überprüfen und damit auch keine Preissenkungen verordnen konnte. pd